oder Häusern in das gemeinschaftliche Eigentum das Grundbuch unrichtig, ist von den Ehegatten seine Berichtigung zu beantragen. Der als Alleineigentümer eingetragene Ehegatte ist zur Mitwirkung am Berichtigungsverfahren verpflichtet.

§ 14

Anwendung anderer Gesetze

Wird in anderen Gesetzen auf Bestimmungen verwiesen, die durch dieses Gesetz oder auf Grund von Durchführungsbestimmungen zum Familiengesetzbuch aufgehoben oder geändert werden, gelten die entsprechenden neuen Bestimmungen.

III.

Internationales Familienrecht

§ 15

Eheschließung

(1) Die Voraussetzungen für die Eingehung einer Ehe bestimmen sich für jeden der beiden Eheschließenden nach den Gesetzen des Staates, dessen Staatsbürgerschaft er besitzt. Eheschließungen zwischen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik und Bürgern eines anderen Staates bedürfen einer Genehmigung der für Fragen des Personenstandswesens zuständigen staatlichen Organe der Deutschen Demokratischen Republik, auch wenn die Ehe außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik geschlossen werden soll.

(2) Die Form der Eheschließung bestimmt sich nach den Gesetzen, die am Ort der Eheschließung gelten.

(3) Wird eine Ehe außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik geschlossen, so genügt die Einhaltung der Form, die nach den Gesetzen des Staates vorgesehen ist, dem einer der Eheschließenden angehört.

§ 16

Persönliche und vermögensrechtliche Beziehungen der Ehegatten

Die persönlichen Beziehungen, die Unterhaltsansprüche und die Vermögensverhältnisse der Ehegatten bestimmen sich nach den Gesetzen des Staates, dem die Ehegatten angehören. Gehören die Ehegatten verschiedenen Staaten an, finden die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik Anwendung.

§ 17

Beendigung der Ehe

(1) Die Scheidung einer Ehe richtet sich nach der Rechtsordnung des Staates, dessen Bürger die Ehegatten zur Zeit der Klageerhebung sind. Sind die Ehegatten Bürger verschiedener Staaten, so sind die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik anzuwenden.

(2) Die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik finden unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Ehegatten zur Zeit der Klageerhebung auch dann An-

wendung, wenn einer der Ehegatten im Zeitpunkt der Eheschließung die deutsche Staatsangehörigkeit besaß und sie vor Verwirklichung des Gleichberechtigungsprinzips im Staatsangehörigkeitsrecht im Zusammenhang mit der Eheschließung verloren hat.

(3) Soweit nach Abs. 1 auf eine Rechtsordnung verwiesen wird, die eine Beendigung der Ehe durch Scheidung nicht oder nur unter außerordentlich schwierigen Umständen gestattet, kommt das Recht der Deutschen Demokratischen Republik zur Anwendung.

(4) Die Nichtigkeitserklärung einer Ehe richtet sich nach den Gesetzen, die gemäß § 15 für ihre Eingehung maßgebend waren.

§ 18

Abstammung des Kindes

Die Abstammung eines Kindes sowie die Feststellung und Anfechtung der Vaterschaft bestimmen sich nach den Gesetzen des Staates, dessen Staatsbürgerschaft das Kind mit der Geburt erworben hat.

§ 19

Rechtsverhältnis zwischen Eltern und Kindern

Das Rechtsverhältnis zwischen den Eltern und einem Kinde bestimmt sich nach den Gesetzen des Staates, dem das Kind angehört.

§ 20

Annahme an Kindes Statt

(1) Die Annahme an Kindes Statt, ihre Wirkungen und ihre Aufhebung bestimmen sich nach den Gesetzen des Staates, dem der Annehmende zur Zeit der Annahme oder der Aufhebung angehört. Wird ein Kind von einem Ehepaar gemeinschaftlich angenommen und ist ein Ehegatte Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, so finden die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik Anwendung.

(2) Die Annahme eines Kindes, das Bürger der Deutschen Demokratischen Republik ist, durch den Bürger eines anderen Staates bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung des zuständigen Staatsorgans der Deutschen Demokratischen Republik. Die Annahme ist ferner nur wirksam, wenn die nach dem Familiengesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik erforderlichen Einwilligungserklärungen erteilt sind.

§ 21

Vormundschaft und Pflegschaft

(1) Die Voraussetzungen für die Anordnung und Beendigung einer Vormundschaft oder Pflegschaft bestimmen sich nach den Gesetzen des Staates, dem das Mündel oder der Pflegebedürftige angehört.

(2) Eine vorläufige Vormundschaft oder Pflegschaft kann auch über den Bürger eines anderen Staates nach den Gesetzen der Deutschen Demokratischen Republik angeordnet werden, wenn er der alsbaldigen Fürsorge bedarf und seinen Wohnsitz oder Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik hat.